Medienmitteilung 29. März 2012

Kein Grund, erstaunt zu sein

Korrigenda zur Medienmitteilung des Freienbacher Gemeinderates vom 28. März zur Abstimmung Zeughaus Pfäffikon

Als Initiantin der Umzonungs-Initiative Zeughaus Pfäffikon, sehe ich mich veranlasst, die Darstellungen des Gemeinderats über sein sogenanntes „Erstaunen“ zu meinem Vorgehen betr. Umzonungsinitiative Zeughaus Pfäffikon richtigzustellen. Er kennt sämtliche Zusammenhänge sehr wohl und die Öffentlichkeit hat das Recht, über seine taktischen Manöver informiert zu werden.

1. Der Gemeinderat weiss durchaus, warum ich nicht bereit war, von vorneherein auf eine Verschiebung der Initiativ-Abstimmung einzutreten. Nach Einreichung der Initiative zur Abzoning des Zeughausareals im Oktober 2010 gab er bekannt, er verhandle über einen Baurechtsvertrag, mit welchem die Ziele der Initiative besser erreicht werden könnten. Die Initiative solle zurückgezogen werden. Daraufhin verstrich mehr als ein halbes Jahr ohne konkrete Ergebnisse. Man legte mir lediglich nahe, die Abstimmung auf später zu verschieben. Als ich im Sommer 2011 endlich einen Entwurf des Vertrags sichten konnte, enthielt dieser mehrere Abschnitte, welche die gesamten Vereinbarungen als Farce entlarvten. Der Vertrag hätte schon innert Jahresfrist hinfällig werden können. Unter Strafandrohung wurde mir Stillschweigen über den Inhalt abverlangt. Auf meine Aufforderung hin wurden wenigstens die auffälligsten Ausstiegsklauseln aus dem Vertrag entfernt. Die Schlussfassung wurde mir aber bis 2 Tage vor der Gemeindeversammlung vom 21. Oktober 2011 vorenthalten. Ich erhielt keine Kopie, sondern war gezwungen, den Vertrag abzuschreiben, um überhaupt etwas in der Hand zu haben. Bis zum 21. Oktober bestand also für mich keine Gewissheit, wie der Vertrag letztlich aussehen würde. Er blieb bekanntlich bis zum 14. März 2012 unter Verschluss. Trotzdem empfahl der Gemeinderat im Herbst 2011, die Initiative von vorneherein abzulehnen. Aufgrund dieser Unsicherheiten verlangte ich, die beiden Vorlagen seien zeitgleich zur Abstimmung zu bringen.
2. Der Gemeinderat gibt auch meine Antrags-Begründung nicht korrekt wieder. Ich forderte, die Abzonungsinitiative solle nicht gegen eine Katze im Sack ausgespielt werden und beanstandete, dass das Ziel der öffentlichen Nutzung nicht ernst gemeint sei, effektiv werde mittels Baurechtsvertrag eine Überbauung mit Wohnungen angestrebt.
3. Der Gemeinderat gibt überdies vor, erstaunt zu sein über meine Beschwerde gegen seine falschen und irreführenden Angaben in der Botschaft. Auch hier ist aber Überraschung auf seiner Seite äusserst unglaubwürdig. Mit seinem Baurechtsvertrag hat er aktiv und rein willkürlich zulasten der Gemeinde vereinbart, dass bei Abzoning automatisch 5-Millionen an armassuisse zu bezahlen seien. Die behauptete Pflicht zur Minderwertentschädigung ist rechtlich unhaltbar. Zudem enthält der Vertrag eine Klausel, welche die Höhe dieser Zahlung auf Wunsch eines Vertragspartners verändern könnte, was in der Botschaft nicht offengelegt wird. Weiter würde der Vertrag von vorneherein dem üblichen Rechtsweg entzogen, die Vorlage des Gemeinderates verletzt die Einheit der Materie, die Abstimmungsinformationen weisen schwere Mängel auf und es liegt eine unzulässige Verknüpfung von Initiative und Gegenvorschlag vor. All dies ist nicht zufällig. Behördliches „Stauen“ über die Beschwerde ist also keineswegs angesagt.

Ich erwarte als Initiantin eine faire und sachlich korrekte Information durch den Gemeinderat.

Irene Herzog-Feusi, Initiantin Umzonungsinitiative Zeughaus Pfäffikon